An

**die Vertreterinnen und Vertreter der Presse**

Bokel, 15.01.2018

**P R E S S E M I T T E I L U N G**

**Wir wollen Mitbestimmung!**

Als demokratisch gewählte Gremien repräsentieren die Landeschülervertretung (LSV) die gesamte Schülerschaft aller Gymnasien in Schleswig-Holstein. Daraus geht nicht nur ein besonderes Interesse an einer Beteiligung hervor, vielmehr beabsichtigt sie, ihrer Verantwortung gegenüber der Schülerschaft nachzukommen.

"Wir fordern nicht nur Mitsprache-, sondern auch ein Mitbestimmungsrecht in allen bildungspolitischen Fragen, das gesetzlich garantiert sein muss." (s. Grundsatzprogramm der Gymnasien SH, Z. 432f.) Als landesweites Gremium mussten wir leider zunehmend feststellen, dass die Meinung derer, die die bildungspolitischen Veränderungen primär betreffen, scheinbar nicht nachhaltig gehört wird.

Jüngstes Beispiel ist die vergangene Sitzung des Bildungsausschusses am 30. November 2017. An diesem Tag ist über die Schulgesetzänderung zum Thema „Rückkehr zu G9“ diskutiert worden. Anita Klahn, bildungspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion der FDP, hat erklärt, dass über die 75-%-Hürde zum Verbleib der Gymnasialform wiederholt beraten werden würde, da nicht nur die Landesschülervertretung der Gymnasien, sondern auch andere Repräsentanten diese Regelung kritisiert haben.

Zwar haben die Landesschülersprecherin der Gymnasien, Christin Godt, und ihre Stellvertreterin, Juliana Kley, den Standpunkt der Schülerschaft repräsentiert, jedoch musste die LSV feststellen, dass der Gesetzentwurf der Regierungsparteien exakt so in die zweite Lesung des Landtages gekommen ist, wie er es auch schon in der ersten Lesung war – das sieht nicht nach erneuter Beratung aus.

Innerhalb der Schülerschaft wird uns immer wieder das allgemeine Bedürfnis nach Mitgestaltung bestätigt. Die anstehende Erneuerung der Oberstufenverordnung fordert zwangsläufig eine Beteiligung der Schülerschaft. Eine neue Form greift direkt in den Schulalltag ein und muss gerade deshalb von Vertretern der Landeschülervertretung mitgestaltet werden. Es muss gesichert sein, dass die Interessen der Schülerschaft der Gymnasien in dieser bildungspolitischen Frage anerkannt werden.

Deshalb wünschen wir uns eine produktive und sinnvolle Beteiligung an der Erarbeitung der neuen Oberstufenverordnung und eine wirkliche Beteiligung an Entscheidungsprozessen in der Bildungspolitik.